

## ZOLTÁN VÉGH

### Princeps legibus solutus?

In seinem Werk „Európa jogtörténete“<sup>1</sup> beschäftigt sich der Verfasser József Ruzsoly mit verschiedenen Sonderformen des Erbrechtes und nimmt insbesondere Bezug auf diverse Hausgesetze (házi törvények), die für regierende Häuser eigene erbrechtliche Regelungen, abweichend von den allgemeinen erbrechtlichen Bestimmungen, getroffen haben. In Anknüpfung an diesen Grundgedanken möchte ich einen Streifzug durch die unterschiedlichen Regelungen der Eheverbote von den Römischen Frühzeiten bis in die Gegenwart vornehmen.

#### *Habsburgisches Hausgesetz*

Die Tragödie vom 29–30. Jänner 1889 in Mayerling mit dem Tod des Thronfolgers Erzherzog Rudolf und seiner Geliebten Mary Vetsera ist auch nach über hundert Jahren von Geheimnissen umwoben. Das dynastische Problem der Thronfolge war die politische Seite dieses Ereignisses, das sich langfristig auf die gesamte europäische Entwicklung auswirken sollte. Wegen der Öffentlichkeitswirkung mußten die Ereignisse mit dem Schleier des Geheimnisses verdeckt werden. Die Vorbildrolle des Herrscherhauses hätte bei Offenlegung der tatsächlichen Vorgänge dauernden Schaden leiden können. Die enge Verwobenheit des Hauses Habsburg mit der katholischen Kirche hätte bei Bekanntwerden des (kirchlichrechtlich geächteten) Selbstmordes, aber auch der wohl unzweifelhaft erfolgten Tötung der Geliebten, selbst wenn es sich um „Tötung auf Verlangen“ gehandelt haben mag, an den staatlichen Grundfesten gerüttelt.

Die familiäre Frage konnte weitgehend intern geregelt werden. Die staatspolitische Frage führte im weiteren Verlauf der Geschichte zu ausufernden Verwicklungen bei der Nachfolgeregelung. Nach längeren Überlegungen wurde schließlich Franz Ferdinand zum Thronfolger designiert. Spätestens mit der Entscheidung, Franz Ferdinand zum Thronfolger zu bestimmen, begannen alle Bestimmungen des Habsburgischen Hausgesetzes zu greifen.<sup>2</sup> Der III. Titel „Von den Heirathen der Prinzen und Prinzessinen des

---

<sup>1</sup> RUSZOLY József: *Európa jogtörténete, Az „újabb magánjogtörténet“ Közép- és Nyugat-Európában*, Püski, Budapest (1996) S. 341. Zahlreiche Lehr- und Forschungsaufenthalte an der Universität Szeged gaben mir Gelegenheit zu wissenschaftlichen und kollegialen Begegnungen mit dem Jubilar auch über die Grenzen meines römischrechtlichen Fachgebietes hinaus, sodass ich gerne den Anlaß wahrnehme, ihm meine Reverenz zu erweisen.

<sup>2</sup> Familienstatut des Hauses Habsburg vom 3. Februar 1839, Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Familienurkunden.

kaiserlichen Hauses" regelt in allen Details die absolute Herrschaft des Monarchen über alle Angehörigen des Erzhauses Habsburg in familienrechtlichen Fragen:

§ 15. Kein Prinz und keine Prinzessin Unseres Kaiserhauses darf eine eheliche Verbindung ohne Einwilligung des jeweiligen Familienoberhauptes eingehen.

§ 16. Diese Einwilligung wird durch Ratifizierung des Ehevertrages oder durch eine andere förmliche Erklärung erteilt.

§ 17. Ein ohne diese Bestätigung abgeschlossener Ehevertrag ist als null und nichtig anzusehen und begründet für die angetraute Person und deren Kinder weder Ansprüche auf Erbfolge, Appanage, Witthum, Aussteuer oder den Stand, Titel, und Wappen der Mitglieder Unseres Hauses, noch auf andere rechtliche Folgen einer ehelichen Verbindung.

§ 18. In allen Fällen, wo über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einer Ehe in dem durchlauchtigsten Erz Hause eine Streitfrage entstehen sollte, ist die Entscheidung dem Familien-Oberhaupt vorbehalten.

§ 19. Ehen zur linken Hand oder sogenannte morganatische Ehen könnten in Unserem Kaiserhause gleichfalls nur mit Bewilligung des jedesmaligen Familienoberhauptes gültig geschlossen werden.

Der designierte Thronfolger unterhielt im Augenblick seiner Erwählung bereits seit mehreren Jahren eine innige Verbindung mit der böhmischen Gräfin Sophie Chotek von Chotovka, die aber vor der Umwelt vollkommen verborgen blieb. Sie gehörte aber nicht zum Kreis der ebenbürtigen Familien, aus denen die Angehörigen des Erzhauses ihre Gemahlinnen hätten erwählen dürfen.<sup>3</sup> Da aber Franz Ferdinand unbeugsam entschlossen war, die Gräfin zu ehelichen, kam es zum mehrjährigen Zwist zwischen dem Kaiser und Franz Ferdinand. Der Kaiser war nicht willens, die Zustimmung zur Eheschließung mit Sophie Chotek zu geben. Schließlich erfolgte die Zustimmung im Jahre 1900, wobei Franz Ferdinand vor der Eheschließung den Renuntiationseid für alle aus dieser Ehe hervorgehenden Kinder zu leisten hatte.<sup>4</sup>

So kam nach dem Tode Franz Josephs I. dessen Großneffe Karl auf den österreichischen Kaiserthron.

Diese für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie bedeutenden Vorgänge sind nur ein Beispiel für die unterschiedlichsten Gründe, aus denen Eheverbote im weitesten Sinne im Laufe der Geschichte normiert wurden.

Als kleinste Einheit der Gesellschaft wurde die Ehe als Verbindung von Personen verschiedenen Geschlechtes sehr früh als Keimzelle des Staates verstanden. Spätestens mit der Sesshaftwerdung nomadisierender Völker und Schaffung von sozialen Gebilden entwickelten sich zunächst gewohnheitsrechtlich Normen über die Voraussetzungen zur Begründung ehelicher oder eheähnlicher Gemeinschaften. Stabile Beziehungen sollten auch die innere Ordnung und Ruhe in den menschlichen Gemeinschaften sichern helfen. Sehr früh erkannten die Politik und auch die Vertreter diverser religiöser Instituti-

<sup>3</sup> Franz Ferdinand erklärte anlässlich seiner Eheschließungsprobleme, „im Stammbaum (scil. möglicher Ehe kandidatinnen) ist immer eine Kleinigkeit, die die Ehe verbietet und so kommt es, dass bei uns Mann und Frau zwanzigmal miteinander verwandt sind. Das Resultat ist, dass von den Kindern die Hälfte Trottel und Epileptiker sind.“ Zit. nach Christian DICKINGER: *Franz Joseph I. Entmythisierung*, Wien 2002, 71 ff.

<sup>4</sup> Damit waren, wie bereits oben § 17 dargestellt, als Folge die Kinder aus der Thron- und Erbfolge ausgeschlossen. Die Ehefrau wurde mit der Eheschließung in den erblichen Fürstenstand mit Namen Hohenberg erhoben, war aber protokollarisch allen, auch unverheirateten Erzherzoginnen des Erzhauses nachgereiht, durfte bei offiziellen Anlässen weder neben ihrem Ehemann gehen oder gar neben ihm sitzen.

onen den stabilisierenden Faktor „eheliche Gemeinschaft“ und versuchten daher, diese auch zu instrumentalisieren, um die staatliche Ordnung, wie auch Sitte und Moral, zu festigen.

Im folgenden will ich mich nur mit den rechtlichen Beschränkungen für die Eingehung von Ehen beschäftigen, mit den gewöhnlich sogenannten Eheverboten.

Eheverbote können aus gesundheitlichen, politischen, religiösen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen ausgesprochen werden. Einige von ihnen sind absolut, d.h. dass sie gegen alle Personen wirken, andere wiederum wirken relativ nur für und gegen ganz bestimmte Personenkreise.

### *Religiöse Eheverbote*

Bei allen antiken Kulturen wurden Frauen zu Tempeldiensten eingesetzt und waren für diese Zeit mit einem Eheverbot belastet. Für das römische Recht kommen hier insbesondere die Vestalinnen in Betracht. Im Kindesalter wurden Mädchen vom Pontifex Maximus „gegriffen“<sup>5</sup> und als *virgo Vestalis* für den Dienst im Vestatempel ausgebildet und waren 30 Jahre in diesem tätig. Sie mußten in dieser Zeit ihre Jungfräulichkeit bewahren, deren Verlust wurde mit dem Tod bestraft. Sie wurden entweder lebendig eingegraben oder von einem Felsen gestürzt. Vesta galt als Göttin des Heimes und des Herdes, ihr Tempel mit dem ohne Unterbrechung lodernden Feuer symbolisierte den Römischen Staat und daher wurde der Verstoß gegen die rituellen Regeln kapital gestraft, weil er als staatsgefährdend angesehen wurde. Nach dreißig Jahren wurden die Vestalinnen mit einer reichen Aussteuer ausgestattet in den bürgerlichen Alltag entlassen und konnten auch gültige Ehen eingehen. Für damalige Verhältnisse galten aber ehemalige Vestalinnen eher schon als alte Frauen und möglicherweise als unfruchtbar, da sie sich dem Alter von 40 Jahren näherten.

Dieses auf altrömischen Sakralgesetzen beruhende temporäre Eheverbot erfuhr eine wesentliche Ausweitung mit der Erklärung des Christentums zur Staatsreligion im Jahre 391 n.Chr. Bis dahin in religiöser Hinsicht unproblematische persönliche Beziehungen der Angehörigen verschiedener Religionsbekenntnisse wurden nunmehr durch kaiserliche Gesetze mit verschiedenen Verboten belegt, die zum Teil verbotswidriges Verhalten nur mit Strafen belegten, z.T. aber auch bei illegitimen Eheschließungen die Nichtigkeit aussprachen. Im 4. und 5. Jhd. n.Chr. griffen alle Herrscher in die staatlich-religiösen Beziehungen ein.<sup>6</sup> Eine Flut von Gesetzen<sup>7</sup> regelte nunmehr das Verhältnis des einzelnen zum Staat und zur Kirche, ebenso aber auch die Beziehung der Bürger unter einander.<sup>8</sup> Insbesondere gegen die Juden wurden Gesetze erlassen, die nicht, wie

<sup>5</sup> Gellius. *Noctes Atticae* 1,12,1 ff.

<sup>6</sup> Der Herrscher sah sich nunmehr als Schirmherr der Kirche und griff daher auch in den kirchlichen Alltag ein. Justinian hat mehrere theologische Schriften verfasst, regelte aber durch Gesetz auch Materien, wie das klösterliche Leben.

<sup>7</sup> Die Literatur zur Rolle des Christentums und seiner Beziehung zum Römischen Staatswesen ist unüberschaubar. Statt aller sei nur genannt Karl-Leo NOETHLICH: *Die gesetzgeberischen Maßnahmen der christlichen Kaiser des vierten Jahrhunderts gegen Häretiker, Heiden und Juden*, Diss. Köln 1971.

<sup>8</sup> Das Eheverbot der höheren Weißen traf nur Ehen nach der Weihe. Vorher geschlossene Ehen blieben aufrecht. Auch heute gilt noch in der orthodoxen Kirche, aber auch in den unierten Kirchen des nahen Ostens die Bestimmung, dass jeder Weiheanwärter vor der Weihe heiraten darf, nicht aber nachher. Allerdings versperrt die Ehe den Weg in das Bischofsamt:

in der Neuzeit, rassistische Hintergründe, sondern primär religiöse Ursachen hatten. Die bedrückende Verurteilung der Juden durch die Christen als „Gottesmörder“ hat schmerzlicher Weise bis in unsere Zeit Spuren hinterlassen, in der römischen Zeit kann man sicher noch nicht von einem rassistisch bedingten Antisemitismus (heute wird vielfach der Begriff Antijudaismus verwendet) sprechen.

Jahrhunderte lang war in den katholischen Ländern, in denen noch die kanonische Eheschließungsform obligat war, die Priesterweihe (wie generell höhere Weihen), ein auch nach staatlichem Recht zwingendes Ehehindernis. In Spanien wurde erst 1981, in Griechenland 1982 das Eheverbot für Träger höherer Weihen aufgehoben. Vor allem in den romanischen Ländern (Italien, Spanien, Portugal) galt auch die Unauflöslichkeit der kirchlich geschlossenen Ehen. Aktuelle Eheverbote aus religiösen Gründen nach heutigem Recht sind vor allem ein Problem des Internationalen Privatrechtes. So existieren Eheverbote in Israel für Ehen von Juden und im Iran von Mohammedanern mit Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften.<sup>9</sup>

### *Eheverbot auf Grund von Blutsverwandtschaft*

Sehr früh hat sich die Berücksichtigung der Blutsverwandtschaft als Ehehindernis durchgesetzt. Es ist dabei wohl zweifelhaft, ob bereits in früher Zeit erbbiologische Gefahren für die Volksgesundheit erkannt wurden. Jedenfalls hat sehr früh eine Tabuisierung des Inzestes in all seinen Graden stattgefunden. Die Reichweite des Verbotes hat sich immer wieder gewandelt, wohl in keiner Gesellschaftsordnung wurde die geschlechtliche Verbindung zwischen Verwandten in gerader Linie akzeptiert. In den alt-ägyptischen und ptolemäischen Dynastien war die Geschwisterehe sicher nicht aus ökonomischen Gründen die Norm, sondern aus Gründen der Ebenbürtigkeit.<sup>10</sup> Die Bandbreite des Ehehindernisses schwankte in der Regel zwischen dem dritten und siebten<sup>11</sup> Grad der Blutsverwandtschaft. Dabei wurde die alte Regel der römischen Verwandtschaftsbestimmung „*tot gradus quot generationes*“ angewendet, d.h. soviele Grade, wie Zeugungen nötig waren. In der klassischen Zeit galt das Verbot bis zum dritten Grad. D.h. dass Geschwisterkinder bereits miteinander die Ehe eingehen konnten. Gaius berichtet von einem Senatus Consultum aus 49 n.Chr., das Kaiser Claudius ermächtigte, Agrippina, die Tochter seines Bruders zu ehelichen. Da aber kein Kaiser auf die Idee kam, eine Tochter seiner Schwester zu heiraten, ist dies durch kaiserliche Erlässe ausdrücklich verboten.<sup>12</sup> Zum Teil bis ins 20. Jahrhundert dominierte die katholische Ehegesetzgebung die Ehen aller katholisch Getauften. Im Mittelalter versuchte die Kirche, durch die Vorschrift, dass eine große verwandtschaftliche Entfernung zwischen den Nupturienten zu liegen habe, bevölkerungspolitisch zu wirken, um Verbindungen

<sup>9</sup> Siehe dazu: *Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtssprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes*. Kommentar hg. von Mitgliedern des Bundesgerichtshofes, 12. neubearbeitete Aufl., Berlin 1999, zu § 1309 RZ 78–83.

<sup>10</sup> Zum Problem der Ebenbürtigkeit und der damit eintretenden Verengung der Wahlmöglichkeiten s. oben bei Anm. 3.

<sup>11</sup> Livius ep 20 berichtet, dass P. Cloelius (zw. 241 und 199 v.Chr.) „*primus adversus veterem morem inter septimum gradum cognationis duxit uxorem*“, er hat erstmal die Grenze des 7. Grades unterschritten.

<sup>12</sup> Gai. Inst. 1,62: *Fratris filiam uxorem ducere licet; idque primum in usum uenit, cum diuus Claudius Agrippinam, fratris sui filiam uxorem duxisset; sororis vero filiam uxorem ducere non licet. Et haec ita principalibus constitutionibus significantur*. Da der Kaiser dies gewünscht hat, wird die Erlaubnis generell erteilt.

über den jeweiligen engen Lebensraum der Menschen hinaus zu erzwingen. Man sollte bei der Partnerwahl aus der räumlichen und personellen Enge der Dörfer und Talschaften ausbrechen müssen.

### Doppelehe

Das Verbot der Doppel- oder Mehrehe ist vielfach von den gesellschaftlichen und religiösen Normen der Rechtsunterworfenen abhängig. Im europäischen Kulturraum war die Mehrehe generell verboten. Im römischen Recht galt die Ehe lange Zeit als soziales Faktum – getragen von einem Dauerkonsens der Eheleute –, das zwar von vielen juristischen Voraussetzungen abhing und große rechtliche Wirkungen auslöste, ohne aber eine eigene rechtliche Existenz zu haben. Dies machte auch die Beendigung der Ehe relativ einfach. Schloss daher einer der Eheleute eine zweite Ehe neben seiner bereits bestehenden, wurde dies als Aufkündigung des Konsenses der ersten Ehe angesehen, womit juristisch keine Doppelehe bestehen konnte.<sup>13</sup> Allerdings knüpften die Römer an diesen Vorgang den Vorwurf der *infamia*. Im nachklassischen Recht reicht jedoch die Lossagung vom Ehekonsens nicht mehr für die Beendigung der Ehe aus; daher begründet die fortbestehende Ehe einen Nichtigkeitsgrund für die zweite Ehe. „Das Eingehen einer bigamischen Ehe wird seit dem 3. Jh. (wie *stuprum* und *adulterium*) mit der Todesstrafe bedroht.“<sup>14</sup>

Inwieweit sich in unserer Zeit das Verbot der Mehrehe mit dem verstärkten Eindringen des Islam in unseren juristischen Alltag halten können, könnte bald die Menschenrechtsgerichte beschäftigen.

### Geschlechtsgleichheit

Bis ins 20. Jh. war die Überzeugung, dass eine Ehe nur zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechtes geschlossen werden könne, dermaßen selbstverständlich, dass ein diesbezügliches Verbot für gleichgeschlechtliche Ehen als obsolet angesehen wurde, weil die Ehe als auf Dauer angelegte Geschlechtsgemeinschaft zweier Personen verschiedenen Geschlechtes definiert war. Erst Ende des 20. Jhs. hat sich die Forderung durchgesetzt, dass auch gleichgeschlechtlichen Paaren eine gesetzlich geregelte Form des Zusammenlebens geboten werden müsse. In den meisten europäischen Ländern ist bereits eine rechtliche Regelung getroffen worden, wobei Form und Inhalt variieren; die Bezeichnung Ehe, eingetragene Partnerschaft oder sonstige Formulierungen verwendet werden; damit aber jedenfalls ein Verbot nicht mehr weiterbesteht.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> M. KASER: *Das Römische Privatrecht* I, 2. Aufl. 1971, (Kaser 1971) S. 315, Anm. 35: Da die zweite Ehe die erste durch die Aufgabe des Ehekonsenses beendet, sieht die klassische Zeit in der Bigamie noch keine Straftat.

<sup>14</sup> KASER – KNÜTEL: *Römisches Privatrecht*, 18. Aufl. 2005, S. 285 RZ 16.

<sup>15</sup> So z.B. das deutsche Lebenspartnerschaftsgesetz v. 16. 2. 2001. Für Österreich das „Eingetragene Partnerschaftsgesetz“ (EPG), BGBl I 135/2009 v. 30. Dez. 2009.

### *Eheverbot für bestimmte Personengruppen*

Für Personen im öffentlichen Dienst sind von jeher bestimmte Restriktionen bei der Eingehung einer Ehe getroffen worden. Beamte, Soldaten, Studenten unterlagen zeitweilig einem generellen Heiratsverbot, oder waren zumindest von der Bewilligung durch die vorgesetzte Behörde abhängig. Im römischen Recht ist die Frage nach dem Heiratsverbot von Soldaten heute zweifelhafter, als dies früher angesehen wurde. „Sehr umstritten sind Grundlage, Datierung, Inhalt und Reichweite der Maßnahmen, die den Soldaten zur Wahrung der Disziplin für die Dauer der Dienstzeit den Ehestand verbieten“.<sup>16</sup> Bereits im 3. Jh. wurden diese Verbote gelockert oder ganz beseitigt.

Solche Eheverbote für Soldaten, insbesondere aber für Offiziere, wurden noch im 20. Jh. gehandhabt. In manchen Ländern wurde die Bewilligung der Eheschließung vom Erlag einer beträchtlichen Kautions abhängig gemacht, damit zwar der Offizier ein standesgemäßes Leben führen konnte, der Beruf aber nicht aus finanziellen Gründen attraktiv sein sollte, sondern nur aus idealistischen Gründen ergriffen werden sollte. (Ob möglicherweise auch das unter Offizieren weit verbreitete Glücksspiel für diese Vorschrift ein Grund war, bleibt zumindest überlegenswert.)

Römischen Provinzialbeamten wurde die Ehe mit Angehörigen der Provinz, in der sie tätig waren, verboten.

*D. 23,2,38 (Paul. 2. sententiarum): Si quis officium in aliqua provincia administravit, inde oriundam vel ibi domicilium habentem uxorem ducere non potest, quamvis sponsare non prohibetur[...]*

Wer ein Provinzialamt bekleidet, darf eine Frau aus dieser Provinz, gleich ob sie von dort stammt, oder auch nur dort wohnt, nicht ehelichen, er kann sich aber mit ihr verloben [...]

Diese Regelung wird zunächst dahin gedeutet, es sei eine Schutzbestimmung zugunsten der Frauen, damit sie nicht zur Eheschließung erpreßt werden könnten. Dieser Gedanke läßt sich aus der Bestimmung rechtfertigen, dass eine Verlobung nicht abgeschlossen wäre. Von dieser Verlobung kann die Frau dem weiteren Text zufolge nach Beendigung der Provinzialmagistratur ihres Verlobten ohne Nachteile wieder zurücktreten. Zunächst kann festgehalten werden, dass diese Bestimmung nur aus einer Zeit stammen kann, in der die Zugehörigkeit zu einer nichtrömischen Bürgerschaft nicht an sich schon ein Hinderungsgrund wäre, die Ehe mangels *conubium* einzugehen. Sonst wäre ja die Ehe schon wegen des fehlenden *conubium* nach römischem Recht in Frage zu stellen und sie würde nicht die zivilen Folgen auslösen. Das Bürgerrecht wurde durch die *constitutio Antoniniana* 212 n.Chr. allen Einwohnern des Reiches verliehen, womit sich die Frage nach dem *conubium* nicht mehr stellte. Meines Erachtens sollte man aber nicht ganz außer Acht lassen, dass mit dieser Bestimmung auch Interessen des römischen Staates geschützt werden könnten. Ein Beamter, der mit einer „einheimischen“ Frau verheiratet wäre, könnte in seiner Unbefangenheit und Unparteilichkeit gegenüber der von ihm verwalteten Provinz befangen sein. Mit Beendigung des Amtes fällt jedenfalls dieses Hindernis fort.

Auch in den modernen Rechtsordnungen können solche Verbote für öffentlich Bedienstete bestehen. So war in Österreich auch noch Ende des 20. Jhds. Die Eheschlie-

<sup>16</sup> KASER: 1971. S. 317, 7. Es ist demnach auch strittig, ob ein Verbot nur für Offiziere galt, ob auch für früher geschlossene Ehen oder ob es nur die eheliche Gemeinschaft betraf, nicht aber den Status der Ehe.

Bung für Militärakademiker in der Ausbildungsphase verboten und es konnte nur in besonderen Fällen davon dispensiert werden. Eine Verordnung aus 1933 BGBl. Nr. 187/1933 (Nov. BGBl. Nr. 31/1938) verbot die Eheschließung für Gendarmen, Sicherheitsbeamte und Beamte der Zollwache.<sup>17</sup> Bei Eheschließungen werden auch jetzt noch bei Organen der öffentlichen Sicherheit Unbedenklichkeitsprüfungen über den künftigen Ehepartner eingeholt. Ob auch ein auf diese Personengruppen bezogenes beschränktes Verbot, Ausländer zu heiraten, in Deutschland ordre-public-widrig ist, ist in der Lehre und Judikatur umstritten.<sup>18</sup> Hier muß auch nochmals an die oben im Zusammenhang mit religiösen Heiratsverboten gemachten Feststellungen erinnert werden, inwieweit ausländische Eheverbote für einen ausländischen Ehepartner welcher Art immer für eine Eheschließung im jeweiligen Heimatland des anderen Nupturienten relevant sein dürfen und wie sie nach dem jeweiligen IPR dieses Landes berücksichtigt werden müssen.

Ein verbreiteter Grund für das Verbot der Eheschließung war die niedrige soziale Stellung von Dienstboten, landwirtschaftlichem Gesinde und Arbeitern, die die mit der Ehe verbundenen finanziellen Belastungen nicht tragen konnten. Es wurden neben den vielfältigen Regelungen von Eheverböten allgemeiner Art sowohl auf Grund der tridentinischen Ehevorschriften im katholischen Bereich, aber auch in protestantischen Herrschaften immer neue Bestimmungen durch die Landesherrn verkündet. So „wurden zunehmend Eheverbote oder zumindest erhebliche Einschränkungen der Heiratserlaubnis für bestimmte soziale Gruppen erlassen. Dazu gehörten Dienstboten, die nur mit Zustimmung ihrer Dienstherrschaft eine Ehe eingehen durften und Soldaten, die bei einer Eheschließung in jedem Fall die Zustimmung ihres Regimentschefs benötigten.“<sup>19</sup> Auf diese Weise sollten Dienstboten so lange wie möglich in ihrer Tätigkeit erhalten bleiben, unabhängig von deren finanzieller Situation, wobei die Löhne bekanntermaßen kaum das Existenzminimum sicherten.

Die fehlende Ehebewilligung war aber nicht in der Lage, die sexuellen Bedürfnisse großer Gruppen der Bevölkerung im Zaum zu halten. Neben dem Eheverbot wegen fehlender wirtschaftlicher Absicherung wurde auch außereheliche Sexualität mit strengen Strafen bedroht, einschließlich der Prostitution. So war die Zahl der unehelichen Kinder erschreckend groß, die Waisenhäuser waren weniger für Kinder verstorbener Eltern, sondern für die große Zahl unehelicher Kinder notwendig. So fand, neben der erschreckend hohen Zahl von Abtreibungsversuchen und Kindsmorden, durch die unehelichen Geburten eine Reproduktion der neuen Dienstbotengeneration statt, da für einen sozialen Aufstieg dieser elenden Kinder nur eine minimale Chance bestand. Im 19. und 20. Jh. war es fast ausnahmslos die Regel, dass eine schwangere ledige Hausangestellte schon mit Rücksicht auf die sittliche Gefährdung der Familie entlassen wurde.

### *Eheverbote aus rassistischen Gründen*

Die römischen Beschränkungen, Ehen mit Nichtrömern zu verhindern, dienen sicherlich der Erhaltung der relativ kleinen römischen Urgemeinde, können aber nicht ausdrück-

<sup>17</sup> F. GSCHNITZER – Chr. FAISTENBERGER: *Österreichisches Familienrecht*, 2. Aufl. 1979, S. 23.

<sup>18</sup> Siehe dazu RZ 76 ob. Anm. 7.

<sup>19</sup> Markus MEUMANN: *Findelkinder, Waisenhäuser, Kindsmord. Unversorgte Kinder in der frühneuzeitlichen Gesellschaft*, München 1995, S. 66.

lich als rassistische Beschränkungen bezeichnet werden. Das *conubium* als Privileg für bestimmte Rom umgebende Bürgerschaften, das sind die Stadtstaaten des latinischen Bundes (*foedus Latinum*), nach römischem Recht eine gültige Ehe eingehen zu können, ist auf abstammungsverwandte Gruppierungen beschränkt. Glaubt man der Überlieferung in Livius *Ab urbe condita* 1,9 ff. vom Raub der Sabinerinnen, so herrschte anscheinend in Rom, vor allem wegen der Zuwanderung von vielen heimatlosen und versprengten alleinstehenden männlichen Flüchtlingen, Frauenmangel. Wie auch immer, das *conubium* wirkte nur in eine Richtung. Ehelichte ein *civis Romanus* eine Peregrine aus diesem Kreis, so wurde die Ehe nach römischem Recht gültig und damit auch die daraus hervorgehenden Kinder römische Bürger. Die Ehe einer Römerin mit einem Peregrinen, auch wenn seine Bürgerschaft das *ius conubii* hatte, folgte der „schlechteren Hand“, d.h. es war keine Ehe nach römischem Recht, sondern nach dem Heimatrecht des Ehemannes. Die Erhaltung eines latinischen Urbestandes war jedenfalls eine Ursache für diese Regelung, wie auch noch bei den Augustäischen Ehegesetzen zu zeigen sein wird.

Rassistischen Eheverböten begegnen wir erst in der Neuzeit. 1949 wurden in Südafrika Ehen zwischen Weißen und Schwarzen verboten und erst mit der Abschaffung der Apartheid zugelassen. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten erklärte erst am 12. Juni 1967, dass das in noch 16 Bundesstaaten der USA bestehende Eheverbot zwischen Weißen und Farbigen verfassungswidrig sei. Die tragischsten Ausformungen erfuhr allerdings das Eheverbot der Rassenverschiedenheit im Nationalsozialismus auf Grund der Nürnberger Rassengesetze als Verböten der noch viel schrecklicheren Vernichtungsaktionen ab dem Jahre 1942. Diese sind in das „Gesetz zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet“ vom 6. Juli 1938 (RGBl. I S. 807) als Maßstab des Eheverbötes eingeflossen.

#### § 4 Blutsverschiedenheit

Das Verbot von Eheschließungen zwischen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes und Personen artfremden Blutes und die Wirkungen dieses Verböts bestimmen sich ausschließlich nach dem Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September (RGBl. I S. 1146) und den zu diesem Gesetz ergangenen Durchführungsverordnungen.

Gesetz zum Schutz des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre:

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Einheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen worden sind. (2) Die Nichtigkeitssklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 5 (1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Texte zitiert nach *Großdeutsches Eherecht, Kommentar zum Ehegesetz vom 6. Juli 1938 mit sämtlichen Durchführungsverordnungen*, Dr. Erich VOLKMAR u.a., Beck, München u. Berlin, 1939.



In den diversen Verordnungen wird genau definiert, wer als Jude zu gelten hat und bis zu welchem Grad (gemessen an der Zahl der jüdischen Großeltern) Ehen zwischen deutschen Staatsangehörigen und jüdischen Mischlingen einerseits und zwischen Mischlingen untereinander andererseits geschlossen werden dürfen. Diese Eheverbote haben im gesamten Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten gegolten. Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) von 1811 hat auch während der nationalsozialistischen Ära weitergegolten. Es nimmt Wunder, wie sich die rassistischen Bestimmungen einschließlich der hier nicht näher zu besprechenden Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz v. 18. Okt. 1935 (RGBl. I S. 1246) mit § 16 ABGB vertragen, bzw. wie die Juristen diese Inhalte miteinander vereinen konnten: §16 ABGB (1) Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte, und ist daher als Person zu betrachten.

Die typisch nationalsozialistischen Bestimmungen wurden im in Österreich nach wie vor in Geltung stehenden Ehegesetz 1938 seit 1945 getilgt, so besonders die §§ 4, 5, 20 und 53, in Deutschland wurde das Eherecht wieder in das BGB integriert und damit der gesamte Ballast des NS-Gesetzes über Bord geworfen.<sup>21</sup>

### *Justinian und Theodora*

Der Kreis, begonnen mit den Habsburgischen Hausgesetzen und den Sonderreregungen für das allerhöchste Herrscherhaus, schließt sich mit einer Betrachtung zu den Augustäischen Ehegesetzen und ihren dynastischen Folgen.

Kaiser Augustus versuchte durch den Erlass verschiedener Gesetze<sup>22</sup> das Eheleben und die Ehemoral vor allem höherer sozialer Schichten in rechtliche Bahnen zu lenken. Angelika Mette-Dittman meint dazu: „Wenn Augustus sich also in drei Gesetzen der Eheschließung und der Verfolgung des Ehebruchs annahm, so war diese Thematik keineswegs revolutionär. Sie war sogar traditionell insofern, als sie zunächst nur einen weiteren Schritt darstellte auf dem Wege der Ius-Werdung, der Verrechtlichung ehemals ungeschriebener gültiger sozialer und politischer Normen des Handelns [...]“<sup>23</sup> Die Überlieferung dieser Gesetze ist unzusammenhängend, zerstreut in den Digesten im Titel 23, 2, für unsere Untersuchung insbesondere im Fragment 44, auch in den Ulpiani Epitomae Kap. 13. Die *lex Iulia de maritandis ordinibus* enthält eine große Zahl von Eheverboten: freigebohrenen Bürgern ist die Ehe mit allen übel beleumundeten Frauen generell untersagt. Dazu zählen Dirnen, Kupplerinnen, beim Ehebruch Erappte, von

<sup>21</sup> Bedauerlicherweise sind in Österreich nach wie vor Bestimmungen im Gesetz, die dem Geist der Entstehungszeit verpflichtet sind. So sind die Bestimmungen über die Ehescheidung lange Zeit unverändert geblieben. Die Scheidungsgründe der §§ 47 (Ehebruch) und 48 (Verweigerung der Fortpflanzung) wurden mit BGBl. I 1999/125 aufgehoben und in den „Zerrüttungstatbestand“ des § 49 integriert. Nach wie vor bestehen die Scheidungsgründe „Geistige Störung“ (§ 50), Geisteskrankheit (§ 51), und „Ansteckende oder ekelerregende Krankheit“ (§ 52) weiter. Diese Regelungen sollten in einem neukonzipierten Familienrecht nicht mehr enthalten sein, auch wenn § 54 eine Härteklausele enthält.

<sup>22</sup> Dazu gehören die *lex Iulia de maritandis ordinibus* (über die Verheiratung der Bürgerstände) aus 18 v. Chr., die *lex Papia Poppaea* von 9. n. Chr. und die *lex Iulia de adulteriis coercendis* (über die Verfolgung von Ehebruch und Unzucht), ebenfalls aus 18 v. Chr.

<sup>23</sup> Angelika METTE-DITTMANN: *Die Ehegesetze des Augustus. Eine Untersuchung im Rahmen der Gesellschaftspolitik des Princeps*, Stuttgart (1991), S. 13. s. weiters T. Spagnuolo Vigorita, *Casta domus*, 2. Aufl. 2002. Die Literatur ist ausserdem, es wird für weitere Studien auf die bei Mette-Dittmann verzeichnete Literatur verwiesen.

Kupplern Freigelassene, wahrscheinlich auch Schauspielerinnen und Frauen, die im *iudicium publicum* verurteilt worden waren. Senatoren und ihren Abkömmlingen sind darüber hinaus Ehen mit Freigelassenen, Schauspielern und Schauspielerkindern verboten.<sup>24</sup> Bemerkenswerter Weise sind gesetzwidrig geschlossene Ehen zunächst gültig, nur ziehen sie vor allem erbrechtlichen Nachteile nach sich. Erst ein *Senatus Consultum* unter Marc Aurel und Commodus (175–180 n.Chr.) erklärt diese Ehen für nichtig.<sup>25</sup> Die *leges Papia et Poppaea* verordneten auch, dass Männer von 25–60 und Frauen von 20–50 Jahren verheiratet sein mussten. Entsprachen sie dieser Vorschrift nicht, erlitten sie erbrechtliche Nachteile, es konnten ihnen keine Außenerbschaften oder Vermächtnisse zugewendet werden. Es gehörte zum guten Ton der gehobenen römischen Gesellschaft, in seinem Testament dem *Princeps* ein ansehnliches Legat zu bestellen. Nun haben die Kaiser oft der Bedingung, verheiratet zu sein und auch wenigstens drei Kinder gezeugt zu haben, nicht entsprochen, bei strenger Anwendung des Gesetzes wären ihnen alle letztwilligen Zuwendungen entgangen. Im Bestallungsgesetz des Kaisers Vespasian<sup>26</sup> wurde der Kaiser von diesem Erfordernis entbunden. Diese Befreiung von bestimmten Vorschriften der Ehegesetze hat Eingang in die *Digesten* gefunden.

D.1,3,31 (Ulpian 13. ad leg. Iuliam et Papiam): *Princeps legibus solutus est: Augusta autem licet legibus soluta non est, principes tamen eadem illi privilegia tribuunt, quae ipsi habent.*

Der *Princeps* ist von den Gesetzen befreit. Seine Gemahlin ist zwar nicht befreit, aber die Kaiser pflegen ihren Frauen die selben Privilegien einzuräumen, die sie selbst genießen.

Aus der *Inscriptio* des Fragmentes geht eindeutig hervor, dass Ulpian die *Lex Iulia et Papia* kommentiert. Daher kann es sich auch nur um diese Gesetze handeln. Eine generelle Befreiung von allen Gesetzen ist hiermit nie gedacht worden. Dessen ungeachtet, haben die Herrscher des 17. und 18. Jahrhunderts ihre absolutistischen Herrschaften auch mit diesem (Ausnahme)Gesetz begründet. Diese Interpretation zeigt, wie wichtig es ist, Texte aus der römischen juristischen Literatur immer im Zusammenhang zu betrachten und sie nicht vom Anlassfall zu abstrahieren und den Gehalt auf diese Weise zu „verabsolutieren“.

Wenn also die *lex Vespasiani* sich nur auf die erbrechtlichen Wirkungen beschränkte, dann konnte nicht angenommen werden, dass der *Prinzeps* auch von den sonstigen Verboten befreit sein würde. Dies gilt also ganz besonders für die bevölkerungspolitischen Maßnahmen zur Erhaltung und Vermehrung des senatorischen Standes. Erfahrungsgemäß haben die höheren sozialen Schichten statistisch immer weniger Kinder, als die niederen. Augustus wollte auf diese Weise die alten traditionsreichen Familien zu vermehrtem Kindersegen anregen, dabei aber die Vermischung mit sozial fernstehenden Personen verhindern.

Nun wollte es das Schicksal, dass sich der nachmalige Kaiser Justinian in Theodora verliebte, eine Frau, die unabhängig von allem Abträglichen, was ihr Prokopius in sei-

<sup>24</sup> KASER: 1971, S. 319.

<sup>25</sup> Paul. D.23,2,16pr; Ulp. D. 23,1,16

<sup>26</sup> *Lex quae dicitur de imperio Vespasiani: [...] iis legibus plebisque scitis imp[erator] Caesar Vespasianus solutus sit; FIRA I (Leges) S. 154 ff., cit. S. 156 Z. 24–25.*

nen Anekdoten vorwirft, ganz sicher nicht ebenbürtig und damit für einen zukünftigen Kaiser von ihrer Herkunft her als Gattin vollkommen ungeeignet war.<sup>27</sup>

Theodora kam um ca. 500 n.Chr. als Tochter des Tierwärters Akakios des Hippodroms von Konstantinopel zur Welt. Nachmalige Versuche, ihre Herkunft zu verschleiern, gar den Eindruck zu erwecken, sie würde senatorischen Familien entstammen, schlugen fehl. Schon als Kind begleitete sie ihre Schwester auf die Bühne, wuchs in die Theaterlaufbahn und in das damit verbundene Hetärendasein hinein. Mehrere Jahre zog sie als Geliebte verschiedener Funktionäre durch Nordafrika und Kleinasien und soll auch vor der Ehe mit Justinian bereits ein oder zwei Kinder geboren haben. Möglicherweise hat sie unter dem Einfluß einer Katharersekte ihren flatterhaften Lebenswandel beendet. Justinian hat sie angeblich schon vor 520 n.Chr. gekannt, spätestens 524 kehrt sie nach Konstantinopel zurück. Es ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung, das moralische oder unmoralische Leben Theodoras vor ihrer Verehelichung zu untersuchen. Für unseren Zweck genügt grundsätzlich die Feststellung, dass Theodora von der Herkunft her, unabhängig von ihrem Vorleben, nach den Ehegesetzen des Augustus und der späteren Bekräftigungen durch Konstantin<sup>28</sup> als Kaisergemahlin nicht in Frage kam. Wie wir im weiteren Text sehen werden, hätte man das Hindernis der fehlenden Ebenbürtigkeit auch anders bereinigen können, ohne eine herzerweichende imperiale Suade über gefallene Frauen als Gesetz zu erlassen. Es sollte aber keine „lex Theodora“ werden, sondern gerade durch die allgemeine Fassung von den individuellen Zielen ablenken.

23. D. K. Justinus an Demosthenes.<sup>29</sup> (= Cod. Iust. 5,4,23)

Da Wir dem kaiserlichen Wohlwollen es für eigenthümlich erachten, zu allen Zeiten sowohl die Vortheile der Unterthanen zu erforschen, als für ihr Heil zu sorgen, so halten Wir dafür, dass auch den Fehlritten der Frauenzimmer, welche einen unehrbaren Lebenswandel aus Schwäche des Geschlechts gewählt haben, durch ein passendes Mittel abgeholfen und ihnen nicht die Hoffnung auf eine bessere Lage genommen werden muss, damit sie, mit Rücksicht auf dieselbe, ihre leichtsinnige und unehrbare Wahl um so leichter aufgeben. Denn auf diese Weise glauben Wir, so viel es Unserer Natur möglich ist, dem Wohlwollen und der dem Menschengeschlechte gewidmeten übergrossen Gnade Gottes nachzuahmen, der sich herablässt, die täglichen Sünden der Menschen zu vergeben, unsere Reue anzunehmen und dieselbe auf einen bessern Zustand hinzuleiten. Sollten auch Wir solches bei den Unterthanen Unseres Reichs zu thun verschieben, so werden Wir der Verzeihung nicht würdig erscheinen. §. 1. Da demnach es ungerecht ist, dass Slaven, mit der Freiheit beschenkt, durch die Güte Gottes in die Rechte der freien Geburt wieder eingesetzt werden und nach dieser landesherrlichen Wohlthat so leben, als wenn sie nie Slaven gewesen, sondern frei geboren wären; dass dagegen Frauenzimmer, welche früher zu *theatralischen Darstellungen* sich hergegeben, später aber, einen solchen schlechten Stand verachtend, zu einer bessern Ansicht sich bekehrt und das unehrbare Gewerbe verlassen haben, keine Aussicht auf eine landesherrliche Wohlthat haben sollen, durch welche sie in denjenigen Zustand zurückgeführt werden,

<sup>27</sup> Zu alledem s. Assunta Nagl in: RE V A2 Sp. 1776 zu Theodora Nr 11. W. SCHUBART: *Justinian und Theodora*, München 1943 zeichnet ein viel freundlicheres Bild Theodoras, als dies Prokopius getan hat.

<sup>28</sup> Cod.Iust. 5,25,11

<sup>29</sup> Die Übersetzung entnehme ich der alten Ausgabe von OTTO – SCHILLING – SINTENIS Bd V aus 1832, was das zum Teil altertümliche Deutsch erklärt. In der Inscriptio habe ich den in der Übersetzung fälschlich genannten Justinianus durch richtigerweise Justinus ersetzt.

in dem sie, wenn sie keinen Verstoß gegen die Ehrbarkeit sich hätten zu Schulden kommen lassen, verblieben wären: so gewähren Wir ihnen durch gegenwärtige allergnädigste Verordnung die landesherrliche Wohlthat unter der Bedingung, dass es ihnen, wenn sie den schlechten und unehrbaren Lebenswandel verlassen, eine schicklichere Lebensart ergriffen und der Ehrbarkeit sich befleissigt haben, erlaubt sein soll, Unsere Allerhöchste Person unterthänigst zu bitten, ihnen ohne weiteres Bedenken Allergnädigste Sendschreiben zu Theil werden zu lassen, durch welche ihnen die Eingehung einer rechtmässigen Ehe erlaubt werde; wobei diejenigen Mannspersonen, welche sich mit ihnen verbinden wollen, *nicht zu befürchten haben* sollen, dass in Folge der früher bestandenen gesetzlichen Vorschriften *eine solche Verbindung für ungültig* erachtet werde, dass sie vielmehr mit Zuverlässigkeit eine Ehe dieser Art für eben so rechtskräftig ansehen können, als wenn sie Frauen, die früher keinen unehrbaren Lebenswandel geführt, geheirathet hätten, es mögen diese Mannspersonen mit einer Würde bekleidet oder durch irgend einen andern Grund an der Verheirathung mit Schauspielerinnen verhindert gewesen sein; dafern nur durch einen schriftlichen Heirathsvertrag eine solche Verbindung bewiesen wird. Denn da auf diese Weise jeder Makel gänzlich getilgt ist und dergleichen Frauenzimmer in den natürlichen Rechtszustand wieder eingesetzt sind, so soll ihnen nach Unserm Willen weiter keine unehrbare Benennung ankleben, noch zwischen ihnen und Denjenigen, welche keiner ähnlichen Sünde sich schuldig gemacht haben, irgend ein Unterschied Statt finden. §. 2. Aber auch die aus einer solchen Ehe zu erzeugenden Kinder sollen Leibeserben und rechtmässige Kinder ihres Vaters sein, wenn auch derselbe aus einer früheren Ehe andere rechtmässige Kinder haben sollte; dergestalt, dass auch jene dessen Vermögen eben sowohl als gesetzliche, so wie als testamentarische Erben erwerben können.<sup>30</sup>

Schon das altrömische Recht wollte verhindern, dass bestimmten Personenkreisen Vorrechte eingeräumt würden, die sie von anderen weniger begünstigten Mitbürgern unterscheiden würden und ihnen Vorteile zukämen, wodurch die Gleichheit vor dem

---

<sup>30</sup> 23 *Imp. Iustinus A. Demostheni pp.* Imperialis benevolentiae proprium hoc esse iudicantes, ut omni tempore subiectorum commoda tam investigare quam eis mederi procuremus, lapsus quoque mulierum, per quos indignam honore conversationem imbecillitate sexus elegerint, cum competenti moderatione sublevandos esse censemus minimeque eis spem melioris conditionis adimere, ut ad eam respicientes improvidam et minus honestam electionem facilius derelinquant. nam ita credimus dei benevolentiam et circa genus humanum nimiam clementiam quantum nostrae naturae possibile est imitari, qui cottidianis hominum peccatis semper ignoscere dignatur et paenitentiam suscipere nostram et ad meliorem statum reducere: quod si circa nostro subiectos imperio nos etiam facere differamus, nulla venia digni esse videbimur. (1) Itaque cum iniustum sit servos quidem libertate donatos posse per divinam indulgentiam natalibus suis restitui postque huiusmodi principale beneficium ita degere, quasi numquam deservissent, sed ingenui nati essent, mulieres autem, quae scaenicis quidem sese ludis immiscuerunt, postea vero sprete mala condicione ad meliorem migravere sententiam et inhonestam professionem effugerunt, nullam spem principalis habere beneficii, quod eas ad illum statum reduceret, in quo, si nihil peccatum esset, commorari potuerint: praesenti clementissima sanctione principale beneficium eis sub ea lege condonamus, ut, si derelicta mala et inhonesta conversatione commodiorem vitam amplexae fuerint et honestati sese dederint, liceat eis nostro supplicare numini, ut divinos adfatus sine dubio mereantur ad matrimonium eas venire permittentes legitimum: (1a) His, qui eis coniungendi sunt, nullo timore tenendis, ne scitis praeteritarum legum infirmum esse videatur tale coniugium, sed ita validum huiusmodi permanere matrimonium confidentibus, quasi nulla praecedente inhonesta vita uxores eas duxerint, sive dignitate praediti sint sive alio modo scaenicas in matrimonium ducere prohibeantur, dum tamen dotalibus omnimodo instrumentis, non sine scriptis tale probetur coniugium. (1b) Nam omni macula penitus direpta et quasi suis natalibus huiusmodi mulieribus redditis neque vocabulum inhonestum eis inhaerere de cetero volumus neque differentiam aliquam eas habere cum his, quae nihil simile peccaverunt: (2) Sed et liberos ex tali matrimonio procreandos suos et legitimos patri esse, licet alios ex priore matrimonio legitimos habeat, ut bona eius tam ab intestato quam ex testamento isti quoque sine ullo impedimento percipere possint.

Gesetz verletzt würde. So überliefert Cicero de leg. 3,4,11 den in der Rekonstruktion des Zwölftafelrechtes der *tabula IX* zugeordneten Text: „*Privilegia ne inroganto*“ und ebendort 19,44 „*Leges praeclarissimae de XII tabulis tralatae duae, quarum altera privilegia tollit, [...]*“. Hätte Kaiser Justinus das Hindernis der fehlenden Ebenbürtigkeit nur für seinen Neffen Justinian beseitigt, wäre dies eindeutig eine Privilegierung gegenüber allen anderen Bürgern senatorischen Standes gewesen. So aber ergeht eine wortreiche Selbstbezeichnung im besten kurialen Stil über die eigene Herzlosigkeit, mit der man Jahrhunderte lang arme Frauen aus dem gesitteten bürgerlichen Leben ein für allemal ausschloss, während man allen Verbrechern nach Verbüßung ihrer Strafe die „Resozialisierung“ ermöglichte und ehemaligen Sklaven die Vorrechte der Freigeborenen einräumte. Wenn also diese Frauen den Antrag stellen, wieder in das sittlich gefestigte bürgerliche Leben zurückkehren zu dürfen oder überhaupt erst dahin einzutreten, soll ihnen diese Gnade auf Grund des Versprechens künftigen Wohlverhaltens durch den Kaiser gewährt werden. Justinus entgeht dem Vorwurf, seinen Neffen zu bevorzugen, selbst wenn die nunmehr generell gewährte Rechtswohlthat kaum sonst von jemandem in Anspruch genommen würde. Umstritten ist, ob die bei Prokopius 9,30 überlieferte Erhebung Theodoras in den patrizischen Stand tatsächlich stattgefunden hat, um die Ebenbürtigkeit herzustellen.<sup>31</sup> Die Befreiung vom Makel der ehemaligen Schauspielerei (da allgemein den Schauspielerinnen auch die Prostitution unterstellt wurde), wäre für sich allein nur der Zugang zu einer bürgerlichen Ehe gewesen, ohne auch das Hindernis der sozialen Verschiedenheit zu beseitigen.

Was nicht mehr den Gegenstand meiner Überlegungen betrifft, ist die Feststellung, dass Theodora eine faszinierende Frau der Spätantike war, hochbegabt, intelligent, strebsam und zielbewußt, dass möglicherweise der eher zögerliche und bedächtige Kaiser Justinian ohne sie manche politischen Klippen nicht erfolgreich umschiffte, den Nikaufstand 532 n.Chr. vielleicht nicht überlebt hätte.

Mein Ziel war es, unterschiedliche Formen von Eheverboten und Ehehindernissen zu betrachten und ihren gesellschaftlichen Ursachen nachzugehen. Etliches wurde übergangen, wie die Rolle der Schwägerschaft, die Adoptivverwandtschaft, kirchenrechtliche Hindernisse der geistlichen Verwandtschaft, die *impedimenta raptus, publicae honestatis und criminis* und etliches mehr. In Zeiten, in denen die gesetzeskonforme Eheschließung immer mehr rechtlich unregelmäßigen Lebensgemeinschaften Platz macht, werden auch die Eheverbote entweder völlig aus dem Alltag verschwinden, oder aber einen neuen Regelungsboom für partnerschaftliche Beziehungen auslösen.

---

<sup>31</sup> PROKOPIUS: *Anekdotai*, Griechisch/Deutsch Heimeranverlag 9,29–30: „So war also dieses Weib geboren, erzogen und bei vielen Huren und allen Menschen im Gerede. Nach ihrer Rückkehr nach Byzanz verliebte sich Justinianos maßlos in sie und erhob sie ins Patriziat, obschon er sie zunächst nur als Geliebte gehabt hatte.“

Die Gründe, warum Prokopius gegenüber Theodora so gehässig eingestellt ist, lassen sich nur schwer erklären. Er hat durch Ernennung Justinians viele Jahre als Begleiter des Feldherrn Belizar den ganzen Mittelmeerraum bereist und ist ab 540 nach dem Fall Ravennas am kaiserlichen Hof in Byzanz tätig, verdankte also Justinian eine glänzende Karriere.

## ZOLTÁN VÉGH

## PRINCEPS LEGIBUS SOLUTUS?

## (Összefoglalás)

A házasság a civilizált élet kezdeteitől a szociális rendszer csírasejtje volt. Így az állami és a vallási intézmények a társadalmi béke érdekében korán ráhatással voltak erre a jogintézményre. Így nem csak azt szabályozták, hogyan lehet házasságot kötni, hanem jelentős korlátozásokat és tilalmakat is teremtettek. Két kiemelkedő, egymáshoz hasonló esemény keretében a habsburgi trónörökös, Rudolf és a kelet-római császár, Justinianus házasságkötési problémáik alapján bemutatok különböző házasságkötési tilalmakat rokonsági, politikai, gazdasági, fajvédelmi, vallási okokból, melyek az évszázadok folyamán keletkeztek.